

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 159. Ratssitzung vom 9. Januar 2013**

### **3477. 2012/354**

**Weisung vom 26.09.2012:**

**Postulat von Bastien Girod (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) betreffend Cannabis, Pilotversuch für kontrollierten Verkauf, Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Cannabis, Pilotversuch für kontrollierten Verkauf, wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2006/346, von Bastien Girod und Matthias Probst (beide Grüne) vom 16. Juni 2010 betreffend Cannabis, Pilotversuch für kontrollierten Verkauf, wird als erledigt abgeschlossen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

**Maleica Landolt (GLP):** *Beim vorliegenden Pilotversuch sollten Schulen und Fachorganisationen den Schwerpunkt im Gefahrenaufzeigen eines übermässigen Konsums setzen und nicht primär das Ziel verfolgen, die Abstinenz von Cannabis durchzusetzen. Eine Arbeitsgruppe der Städte Basel und Zürich hat die Machbarkeit eines gemeinsamen Pilotversuchs überprüft. Ein rechtliches Gutachten ist dabei zum Schluss gekommen, dass ein Versuch im Sinne des vorliegenden Postulats aufgrund des Betäubungsmittelgesetzes unzulässig ist. Eine Modifizierung für einen rechtlich möglichen Versuch, zum Beispiel analog einer ärztlich kontrollierten Heroinabgabe, würde den Absichten der Postulanten nicht mehr entsprechen. Die Stadt stellt deshalb den Antrag zur Abschreibung des Postulats, will aber eine Entkriminalisierung vorantreiben und ein legitimes, nationales Forschungsprojekt unterstützen.*

Kommissionsminderheit:

**Marina Garzotto (SVP):** *Wir nehmen den Bericht ablehnend zur Kenntnis. Die Zürcher Bevölkerung sollte nicht zum Drogenkonsum angeleitet werden. Wir sind vor allem nicht einverstanden damit, dass der Stadtrat mit Nachdruck dem Bundesrat angeboten hat, einen nationalen Versuch freiwillig und gern in Zürich durchzuführen. Das Postulat muss als nicht erfüllbar abgeschlossen werden.*

Weitere Wortmeldungen:

**Tamara Lauber (FDP):** *Die FDP wird den Bericht zur Kenntnis nehmen. Darin steht aber klar, dass ein wissenschaftlicher Versuch, bei dem Cannabis verkauft wird, unethisch ist. Auch sei das Rauchen von Cannabis keine medizinisch anerkannte, unschädliche Konsumform. Aufgrund des Betäubungsmittelgesetzes ist es ausgeschlos-*

sen, Cannabis kontrolliert zu verkaufen, weshalb der Pilotversuch nicht durchführbar ist. Wir sind gegen die Haltung des Stadtrats, dass er die Entkriminalisierung weiterverfolgt. Wir sind der Meinung, dass das Bundesparlament mit der Revision des Betäubungsmittelgesetzes den richtigen Weg eingeschlagen hat. Cannabis ist immer noch eine Droge und soll nicht legal sein.

**Matthias Probst (Grüne):** Der Stadtrat hat das Postulat bereits erfüllt, weil er es geprüft hat. Die Stossrichtung der Stadt ist richtig, denn ein Verbot von Cannabis ist keine zukunftsweisende Politik. Wir begrüßen es deshalb, dass sich der Stadtrat auf nationaler Ebene für die Entkriminalisierung einsetzt. Wir kommen sonst im Jugendschutz und in der Prävention nicht vorwärts.

**Andrea Hochreutener (SP):** Die SP stimmt der Weisung zu. Es macht Sinn, bei einer wissenschaftlichen Studie mitzumachen. Gerade im medizinischen Bereich ist es notwendig, Cannabis kontrolliert abzugeben. Es ist gut, wenn die Stadt eine Vorreiterrolle übernimmt und mit anderen Städten bei der Studie mitmacht.

**Mauro Tuena (SVP):** Es ist ein fatales Zeichen an die Jugend, an vorderster Front zu stehen und gutzuheissen, dass man legal kiffen kann. Zürich soll nicht zum Kiffermekka werden. Im Postulatstext steht zwar, dass sich die Leute registrieren und volljährig sein müssen, doch dadurch wird der Schwarzmarkt nicht zum Verschwinden gebracht. Dann verkauft man die Drogen halt an jene, die sich nicht registriert haben.

**Dr. Richard Wolff (AL):** Die Diskussion ist völlig anachronistisch. Die Mehrheit der Jugendlichen in der Stadt kiffen. Die Mehrheit der Anwesenden in diesem Rat hat vielleicht auch schon einmal einen Joint geraucht, ausser den Mitgliedern der SVP. Hundert Jahre nach der Erfindung des Autos hätte es sich auch nicht mehr gelohnt, noch die Auswirkungen des Autofahrens zu untersuchen. Haschrauchen ist eine Realität und muss legalisiert werden.

**Gerhard Bosshard (EVP):** Wir schätzen die Stossrichtung im medizinischen Gebrauch von Cannabis. Es kann aber nicht Aufgabe eines Gemeinwesens sein, den Zugang zu Genussmitteln zu erleichtern.

**Karin Weyermann (CVP):** Die Stadt kann und soll mit der nationalen Studie durchaus einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion betreffend Cannabiskonsum leisten. Es geht hier aber nicht um die Gesundheit, sondern um eine Verteufelung von Cannabis. Wir werden dem Stadtrat zustimmen.

**Samuel Dubno (GLP):** Wir stimmen dem Stadtrat ebenfalls zu. Cannabis ist ein Laster und kein Verbrechen. Wenn die SVP schon so rigoros gegen Drogen kämpft, sollte Mauro Tuena vielleicht keine Zigarren mehr rauchen.

**Marianne Aubert (SP):** Wenn so viele Menschen in der Schweiz kriminalisiert werden durch etwas, worüber wir uns noch nicht einmal einig sind, ob es überhaupt kriminell ist. Wenn sich die Stadt des weiteren die Mühe macht, einen wohlüberlegten Bericht ab-

3 / 5

*zugeben, finden wir es geeignet, die Diskussion weiterzuverfolgen, um den ganzen Vorurteilen zu begegnen. Langfristig ist es unser Ziel, dass ein Cannabiskonsum durch Erwachsene erlaubt sein soll.*

**Dominique Feuillet (SP):** *Gift ist eine Frage vom Mass. Ein Glas Wein macht nicht viel aus, eine Flasche schon eher. Cannabis macht nicht süchtig. Man verteufelt ein Genussmittel mit missionarischem Eifer. Der medizinische Aspekt ist nicht ausser Acht zu lassen, weshalb es gut ist, dass der Stadtrat die engen gesetzlichen Möglichkeiten ausnutzt.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

**STR Claudia Nielsen:** *Gerade in so einer aufgeheizten Situation ist es nicht falsch, sich eine solide Faktenlage zu verschaffen. Es gibt noch ungelöste Fragen wie den Jugendschutz, die gesundheitlichen Aspekte, Haftpflichtfragen, wie einen Schwarzmarkt verhindern usw. Nur so kommt man weiter in der Diskussion. Sonst hätten wir jetzt noch eine Situation, wie wir sie auf dem Platzspitz gehabt haben. Warum sollte man sich deshalb nicht überlegen, ob es nicht eine schlauere Lösung gibt als die, die jetzt vorherrscht?*

Änderungsantrag zur Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK GUD beantragt folgende Änderung zur Dispositivziffer 1:

1. Vom Bericht betreffend Cannabis, Pilotversuch für kontrollierten Verkauf, wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit: Vizepräsidentin Karin Meier-Bohrer (Grüne), Jürg Ammann (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Nicolas Esseiva (SP), Adrian Gautschi (GLP), Andrea Hochreutener (SP), Andreas Kirstein (AL), Joe A. Manser (SP)  
Minderheit: Marina Garzotto (SVP), Referentin; Rolf Müller (SVP)  
Enthaltung: Tamara Lauber (FDP)  
Abwesend: Präsidentin Maleica Landolt (GLP), Referentin Mehrheit; Petek Altinay (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 30 Stimmen zu.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

4 / 5

Mehrheit: Vizepräsidentin Karin Meier-Bohrer (Grüne), Jürg Ammann (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Nicolas Esseiva (SP), Adrian Gautschi (GLP), Andrea Hochreutener (SP), Andreas Kirstein (AL), Tamara Lauber (FDP), Joe A. Manser (SP)  
Minderheit: Marina Garzotto (SVP), Referentin; Rolf Müller (SVP)  
Abwesend: Präsidentin Maleica Landolt (GLP), Referentin Mehrheit; Petek Altinay (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 29 Stimmen zu.

#### Änderungsantrag zur Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK GUD beantragt folgende Änderung zur Dispositivziffer 2:

2. Das Postulat, GR Nr. 2006/346, von Bastien Girod und Matthias Probst (beide Grüne) vom 16. Juni 2010 betreffend Cannabis, Pilotversuch für kontrollierten Verkauf, wird als nicht erfüllbar abgeschrieben.

Mehrheit: Vizepräsidentin Karin Meier-Bohrer (Grüne), Jürg Ammann (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Nicolas Esseiva (SP), Adrian Gautschi (GLP), Andrea Hochreutener (SP), Andreas tein (AL), Tamara Lauber (FDP), Joe A. Manser (SP)  
Minderheit: Marina Garzotto (SVP), Referentin; Rolf Müller (SVP)  
Abwesend: Präsidentin Maleica Landolt (GLP), Referentin Mehrheit; Petek Altinay (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 25 Stimmen zu.

#### Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Vizepräsidentin Karin Meier-Bohrer (Grüne), Jürg Ammann (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Nicolas Esseiva (SP), Adrian Gautschi (GLP), Andrea Hochreutener (SP), Andreas tein (AL), Tamara Lauber (FDP), Joe A. Manser (SP)  
Minderheit: Marina Garzotto (SVP), Referentin; Rolf Müller (SVP)  
Abwesend: Präsidentin Maleica Landolt (GLP), Referentin Mehrheit; Petek Altinay (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Cannabis, Pilotversuch für kontrollierten Verkauf, wird Kenntnis genommen.

5 / 5

2. Das Postulat, GR Nr. 2006/346, von Bastien Girod und Matthias Probst (beide Grüne) vom 16. Juni 2010 betreffend Cannabis, Pilotversuch für kontrollierten Verkauf, wird als erledigt abgeschlossen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 16. Januar 2013

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat